

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Dießinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Dießinger in Neuenbürg.

Angelpreis:

Die einjährige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., Neillamette 10 Pf., Anzeigen 10 Pf., Zusätze, Offerte und Anzeigen 20 Pf., Bei größeren Aufträgen Nachb., der im Falle des Nichterfolgens einjährig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Lieferungen werden sofort alle früheren Berechnungen außer Kraft. Geschäftsstand für beide Teile in Neuenbürg. Für Brief, Aufträge mit jeder Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugpreis:

Wöchentlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Vertrieb RM. 1.80 mit Postzuschlag. Preis freibleibend. Preis einer Nummer 10 Pf. In Fällen höherer Bewehrung behält sich Verleger auf Verweisung der Zeitung oder auf Wiederholung des Bezugpreises. Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Verlegerinnen jederzeit entgegen. Fernsprecher N. 4. Postamt Nr. 24 bei der Oberamts-Courtfeld Neuenbürg.

Nr. 72

Freitag den 27. März 1931

89. Jahrgang

Reichstagsferien bis Oktober

Berlin, 26. März. Der Reichstag beendet heute seine Arbeiten und vertagt sich bis zum 13. Oktober. In der Zwischenzeit werden zahlreiche Ausschüsse die Herbsttagung des Reichstags vorbereiten.

Berlin, 26. März. Im Reichstag wurde heute das Fiskalmittelgesetz in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 82 Stimmen der Wirtschaftspartei und der Kommunisten angenommen.

Berlin, 26. März. Im weiteren Verlauf der Reichstagsberatung wurde das Einkommensteuergesetz in dritter Beratung in der wesentlichen Schlussabstimmung mit 209 gegen 65 kommunistische Stimmen angenommen. Das Gesetz zur landwirtschaftlichen Zieldung wurde ebenfalls in der Schlussabstimmung gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Reichsfinanzminister Dietrich über die Bedeutung der Staatsverabschiedung

Berlin, 26. März. Reichsfinanzminister Dietrich äußerte sich heute mittig vor Vertretern der Presse über die Bedeutung der geltenden Haushaltsverabschiedung des Reichstages. Der Minister wies einleitend darauf hin, daß in der Entscheidung des Reichstages vor dem 1. April, also vor Beginn des neuen Etatsjahres ein großer Fortschritt zu sehen sei. Die Maßnahmen bei der Verabschiedung waren so, daß sie auch dann ausgereicht hätten, wenn die Reichsopposition im Hause gewesen wäre. Bei der Beratung habe sich das neue Verfahren, nach dem die Ausgaben nur beschlossen werden können, wenn gleichzeitig für Deckung gesorgt wird — wegen dessen Einführung die Reichsopposition aus dem Reichstag ausgeschlossen ist — durchaus bewährt, wenn auch einzelne kleine Unfälle zu verzeichnen gewesen wären. Mit der ordnungsmäßigen Verabschiedung des Etats ist ein weiterer Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens getan, um die wir nach der Anglistische vom 11. September kämpfen.

Daß der Reichstag sich entschlossen hat, der Regierung die Ermächtigung zu geben, unbeschränkt zu sparen, wenn die Ausgaben zwangsweise steigen oder die Einnahmen weiter sinken sollten, ist nicht nur ein Vertrauensbeweis, sondern ein Mitentscheidungsrecht des Reichstages. Wie gestern richtig bemerkt wurde, liegt in der Ermächtigung zwar die Möglichkeit, Abstriche an den gesetzlich und vertragsmäßig nicht gebundenen Ausgaben zu machen, doch verbietet die Bestimmung nicht, daß die Regierung im Wege des Gesetzes oder der Verordnung, wenn deren Voraussetzung gegeben sein würde, auch in jene Ausgaben eingreift.

Der Minister kam dann auf die Erhöhung der Einkommensteuer zu sprechen, von der er hofft, daß der Reichstag sie nicht aufheben werde. Die Erhöhung der Einkommensteuer bezeichnet er als eine Maßnahme, die auf die Dauer nicht zu Einnahmehöherungen, sondern zu Einnahmehinfortfällen führen würde.

Die große Frage ist, so führte der Minister weiter aus, wie sich das neue Jahr entwickeln wird. Der Etat ist absolut abhängig von der Entwicklung der Wirtschaft. Steuern und Zölle sind in einem Maße konjunktursensibel, wie kaum zuvor. So ist das Problem tatsächlich ein wirtschaftliches und alles hängt davon ab, wie die Wirtschaft sich gestaltet und wie weit dadurch die Arbeitslosen aufgesaugt werden. Für die Beschäftigung der inneren Wirtschaft ist neben der Kapitalbildung entscheidend das Vertrauen in die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Es wird wohl jetzt niemand mehr daran zweifeln, daß die Reichsregierung und die Länderregierungen, nachdem wir durch den fürchterlichen Winter gekommen sind, jede Gewähr dafür bieten. Vertrauen aber bedingt Belebung und was dies wiederum bedeutet, sieht man, wenn man sich vergewissert, welche Verbesserung in der Vermögenslage der Wertpapiere der bescheidenen Bevölkerung allein dadurch eingetreten ist, daß die schwebelastigen Papiere und Aktien eine bedeutende Kursverbesserung erzielt haben. Noch wichtiger aber ist die Belebung des Verkehrs, weil mit ihr sofort eine Anzahl Reichseinnahmen sich bessern, vor allem die beiden Konsumsteuern Tabak und Bier, die mit der Zeit nahezu 2 Milliarden RM. erbringen sollen, sodann aber die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer, die beide in gleichem Schritt mit dem Gange der Wirtschaft gehen. Zu der Besserung im Inneren muß aber auch eine Belebung des Außenhandels treten. Und hier steht es leider, nachdem das Genfer Zollabkommen gescheitert ist, nicht besonders vertrauenswürdig aus. Obwohl man sich bei den neuen Plänen völlig darüber im klaren war, daß Deutschland nur in Ordnung kommen und nur dann Reparationen zahlen könne, wenn man ihm eine Ausweitung seines Außenhandels ermöglicht, habe niemand von unseren Vertragspartnern dazu irgend welche Anstalten getroffen. Im Gegenteil befinden wir uns in einer umgekehrten Entwicklung, die — sofern sie anhalten sollte, — allerdings zu großen Versorgungs- und Forderungen Veranlassung geben sollte.

Entscheidung des französischen Kammerausschusses für Handel gegen das deutsch-österreichische Abkommen

Paris, 26. März. Der Kammerausschuss für Handels- und Zollfragen hat zum deutsch-österreichischen Zollangebotsprotokoll Stellung genommen und — über die Abstimmungszeit ist vorerst nichts bekannt — eine Entschließung angenommen, die dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Handelsminister und dem Landwirtschaftsminister überreicht werden soll. In der Entschließung erücht der Ausschuss den Außenminister und den Handelsminister, sich energisch dem endgültigen Abschluß der österreichisch-deutschen Zollunion zu widersetzen und falls diese Opposition ergebnislos bleiben sollte, sofort den französisch-deutschen und französisch-österreichischen Handelsvertrag zu kündigen, wie es nach dreimonatlicher Voranberathung in beiden Verträgen aufgenommene Schlußartikel erlaubt. Der Ausschuss verlangt außerdem die Aufnahme von Verhandlungen mit den übrigen europäischen Mächten, um sie für den Annahmestoff zu gewinnen. Falls ihre vereinte Aktion scheitern sollte, fordert der Ausschuss, daß die übrigen europäischen Mächte gemeinsam den Abschluß eines allgemeinen Abkommens studieren, der in Form eines mehrseitigen Vertrages an Stelle der jetzt bindenden zweiseitigen Verträge treten würde.

Wieder grausamster Terror!

Die Gefängnisstrafen reichen nicht mehr! — Ein deutscher Ingenieur erhängt sich in Verzweiflung! — Die Kommunisten brauchen Sündenböcke.

In Petersburg hat sich, wie ein aus Sowjetrußland angereister Ingenieur berichtet, der Terror neuerdings wieder grausam verschärft. Vorhanden ist er immer, aber manchmal hält die Sowjetregierung, d. h. Stalin, es für gut, zu zeigen, daß man Herr im Lande ist und über jedes Leben verfügen kann. Am Vordem wurde die „Jagd nach Palata“ genommen, d. h. die schäblichsten Verurteilten der Sowjetrußland, hier und da einen Dollar zu erweisen, um bei der steigenden Inflation einen zuverlässigeren Wert in der Hand zu haben. Die Gefängnisse sind mit diesen armen Leuten überfüllt, die um eines oder zwei Dollars willen der grausamsten Strafe gewürdigt sein können. Es reichen die Briten nicht mehr aus, viele Gefangene schloßen auf der Erde. Da noch strengere Strafen herrschten, und die Fußböden aus Stein sind, so herrscht ein großes Sterben in der Hubschanka (Schlafkammer).

Der Akademiker Professor Blatonow, der gleichfalls verhaftet wurde, befindet sich mit den anderen Gefangenen in einem gemeinsamen großen Raum und muß am Boden liegen. Es herrscht alles von Schmutz und Ungeziefer.

Kürzlich wurde auch ein Ingenieur deutscher Herkunft, Weillinger, verhaftet und in die Hubschanka gebracht. Nach zwei Tagen hielt er die Datal nicht mehr aus und erhängte sich in einem unbewachten Augenblick. Der technische Direktor einer Fabrik, Teutemewsky, verhaftete gleichfalls, sich umzubringen, man rettete ihn aber. Er ist immer noch in Haft, obgleich seine Verhaftung schon Wochen zurückliegt, und es dem Bericht nicht gelang, seine Beteiligung an einem Sabotageakt in seiner Fabrik nachzuweisen.

In letzter Zeit konnte man einwandfrei feststellen, daß solche Sabotageakte von der kommunistischen Seite der Fabrik selbst ausgeführt wurden, um nachher die Schuld auf einen nichtkommunistischen Direktor oder Angestellten schieben zu können. Sündenböcke für alles, was nicht glückt, sind gesucht als je.

Der zugereiste Ingenieur ist vor einem Jahre gleichfalls in Moskau und Petersburg gewesen und findet, daß sich die Lage unterdessen für die Sowjetbewohner noch bedeutend verschlechtert hat.

Riefengefahr

Moskaus Industrie-Dumping beginnt!

Es wurde schon wiederholt auf die Gefahr hingewiesen, daß Sowjetrußland sich mit dem bisherigen Dumping von Getreide, Holz usw. nicht zufrieden geben werde, sondern daß es auch nach weiterer Ausbau seiner Industrie zum Industrie-Dumping übergehen werde, um auf diese Weise die Weltwirtschaft mehr und mehr ins Chaos zu stürzen, aus dem dann die Weltrevolution hervorgehen soll.

Diese Befürchtung findet nun eine bemerkenswerte Bestätigung. Dem N. W. Z. wird nämlich, wie es bekannt, von authentischer Seite mitgeteilt, daß Sowjetrußland in kürzester Zeit beschließt, auf mehreren neuen Gebieten die Dumpingausfuhr zu beginnen. Zu diesen Zwecken werden alle Anstrengungen gemacht, Fabrikationsgebühren in den westlichen Ländern zu senken. Die Pläne zur Errichtung einer großen chemischen Fabrikanlage in Moskau nach dem Muster der I. G. Farben sind schon fertiggestellt. Die ausgedehnte Industrie-Expansion seitens sowjetrußischer Agenten hat mehrere wichtige Verstellungsgeheimnisse in Rußland bekannt gemacht, und zwar die Kalliforbenherstellung, bei der Arzinsäure die Herstellung von Nitroin, Pyramiden, des synthetischen Adrenalin, des Salvarsans, des synthetischen Serins und anderer. In allen wichtigen Fabriken sind teils Agenten, teils Leute, die mit diesen in Verbindung stehen, angestellt, die die Meldungen nach Rußland weitergeben.

Innerhalb eines Jahres kann mit Gewißheit erwartet werden, daß von Seiten Rußlands Chemikalien und Arzneimittel zu wesentlich billigeren Preisen auf den Markt gebracht werden.

Die deutsche Front geschlossen

Die Berliner Presse billigt des Kanzlers Haltung

Berlin, 26. März. Die einmütige Zurückweisung, die der Schritt Englands in der Berliner Morgenpresse findet, zeigt, daß die öffentliche Meinung geschlossen hinter dem Kanzler steht, der ebenso wie der Außenminister Schober in Wien dem Versuch Englands und Frankreichs, die rein wirtschaftliche Frage der Zollunion auf das politische Gleis zu schieben, energisch entgegengetreten ist.

Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß es sich nicht um einen Antrag handele, das Zollabkommen dem Völkerbundrat zu unterbreiten, sondern daß die englische Regierung der Zustimmung Ausdruck gebe, der Rat möge Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die Zollunion mit dem Genfer Protokoll in Einklang stehe. Man könne nur wünschen, daß es schon vor der Ratstagung gelingen möge, Europa zu überzeugen, daß die geplante Zollunion mit den bestehenden Verträgen übereinstimme.

Der „Berliner Börsenkurier“ betont, daß der Völkerbundrat nur dann eine Möglichkeit hätte, gegen den deutsch-österreichischen Zollunionssplan vorzugehen, wenn dieser mit einer Bevollmächtigung der österreichischen Unabhängigen verbunden wäre. Schon vor der Ratstagung werde sich ergeben, daß die Behauptung, der Vertrag stehe mit den internationalen Verpflichtungen der beiden Länder in Widerspruch, nicht erweisbar sei.

Die „Börsezeitung“ bezeichnet den englischen Schritt gegen die Zollunion als politisch zu bewerten, da er der richtigen Grundlage in vollem Umfang entbehre. Für den gesamten Weltöffentlichkeit sei es völlig unangebracht, daß die Zollunion mit dem Völkerbundrat zu tun haben solle. Es werde nicht schwer sein, die Berechtigung des deutsch-österreichischen Standpunktes darzulegen. Darüber hinaus werde der uns gegenüberstehenden Front deutlich die Wahrheit über den Anspruch gesagt werden müssen, den Deutschland und Österreich auf Respektierung ihrer Entscheidungsfreiheit und Wahrung ihrer Souveränität zu erheben hätten.

Der „Berliner Volksanzeiger“, der ebenfalls den Völkerbundrat als völlig unabhängig bezeichnet, schreibt, daß die Erklärung mit erhellender Deutlichkeit den deutschen Standpunkt vertreten und dem englischen Vorkämpfer eindeutig klar gemacht habe, daß sich Deutschland nicht im geringsten in seinem Wege beirren lassen werde. Der Schritt Englands beweise, daß man eine wirtschaftliche Maßnahme zum Schaden Deutschlands in eine politische umfälschen wolle.

Der „Tag“ meint, es wäre geradezu grotesk, wenn der Völkerbund, der sich als politisches Instrument Frankreichs und Englands bisher als gänzlich unfähig erwiesen habe, auch nur die kleinsten Ergebnisse bei der Bekämpfung der europäischen Wirtschaftskrise zu erzielen, sich von interessierten

Mächten dazu mißbrauchen ließe, Deutschland und Österreich politisch in den Weg zu treten, wenn diese ihrerseits eine praktische Lösung in Angriff nehmen.

Das ausländische Echo des deutsch-österreichischen Zollabkommens

Berlin, 26. März. In Berliner politischen Kreisen wird es allgemein mit Genugtuung begrüßt, daß der Reichskanzler in seiner gestrigen Unterredung mit dem englischen Vorkämpfer die Möglichkeit politischer Diskussion über das Zollabkommen mit Österreich von vornherein abgeschnitten und betont hat, daß die Verhandlungen selbstverständlich weitergingen. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die englische Regierung sich mit ihrer gestrigen Sondierung keineswegs den Standpunkt Frankreichs zu eigen gemacht, der bekanntlich darin besteht, daß das Abkommen einen Verlust gegen frühere Kompositionen darstelle. England hat nur mitgeteilt, daß gewisse Zweifel aufgetaucht seien und deshalb eine Prüfung empfohlen. Wenn Henderson eine andere Haltung eingenommen hätte, so würde er sich nach anderen Informationen auch in Widerspruch zu gewissen Auffassungen der englischen Regierung gesetzt haben. Recht interessant ist, daß in der Auslandspresse von heute morgen die Frage der Rechtmäßigkeit des Genfer Protokolls schon wieder fallen gelassen und nun mit der Völkerbundfassung operiert wird. Daraus geht wohl hervor, daß man sich auf der Gegenseite über die eigene Rechtsbasis keineswegs sehr sicher ist. Um so ruhiger kann Deutschland einer juristischen Unternehmung der Streitfrage entgegensehen. Vor welchen Instanzen das geschieht, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Die österreichische Regierung stimmt übrigens vollkommen mit der Auffassung der deutschen Regierung überein. In unterrichteten Kreisen erwartet man, daß die augenblicklich noch recht heftige Diskussion in der Auslandspresse in den nächsten Tagen doch einer Beruhigung Platz machen wird.

Ein Vorstoß der Fraktion Millerand-Poincare

Paris, 26. März. Die Senatsfraktion der Republikanischen Vereinigung (Millerand-Poincare) hat sich heute mit dem deutsch-österreichischen Zollangebotsprotokoll beschäftigt und eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

Die Fraktion vertritt einmütig den Standpunkt, daß eine Rückgängigkeit der Mächte in Bezug auf eine so unbestreitbare Verletzung der Verträge, wie sie der Plan einer deutsch-österreichischen Zollgemeinschaft darstellt, ernste Folgen für den europäischen Frieden haben würde. Die Fraktion rechnet mit einer festen Haltung der Regierung und billigt ihre Bemühungen zur Abwehr dieser Gefahr.

Vor Dr. Feids Ministerium

Weimar, 2. März. Der Landesausschuss der Deutschen Volkspartei Thüringens trat hier zusammen, um zu der politischen Lage in Thüringen Stellung zu nehmen. Nach einem Bericht des Fraktionsvorsitzenden, Abg. Dr. Wittmann, über die jüngste Entwicklung in der thüringischen Politik wurde eine Entschließung angenommen, in der der Landesausschuss die entscheidende Haltung der Landtagsfraktion in der Abwehr nationalsozialistischer Ansprüche, insbesondere die Aufhebung der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten billigt.

Nach Annahme dieser Entschließung erklärte Dr. Wittmann, daß es für die Deutsche Volkspartei keine andere Möglichkeit gebe, als durch die Zustimmung zu den eingebrachten Mißtrauensanträgen gegen die nationalsozialistischen Regierungsglieder die Nationalsozialisten aus der Regierung in Thüringen auszuschalten.

Ein Sieg des Abgeordneten Drewnig

Berlin, 2. März. Die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei beschäftigte sich in nahezu geschäftigen Verhandlungen mit dem von 12 Wahlkreisen geforderten Rücktritt des Parteivorstandes Drewnig. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, da sich Parteivorstand und Reichstagsfraktion hinter Drewnig stellten.

Das Auslandsgeschäft kommt in Fluß

In den nächsten Tagen werden Vertreter der Rostauer Regierung in Berlin erscheinen, um die Auftragsbedingungen für das 100-Millionen-Geschäft mit Rußland festzulegen. Die Schwierigkeiten für die Umwandlung des provisorischen Vertrages in einen endgültigen, sind jetzt beseitigt. Im Kabinett ist am Dienstag der Beschluß gefaßt worden, von einer Mobilitätsgarantie in Höhe von 100 Millionen Abstand zu nehmen. Dafür wird der interministerielle Ausschuss, in dem der Außenminister, der Finanzminister und der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums sitzen, die Berücksichtigung erhalten, von Fall zu Fall Kreditgarantien zu gewähren. Praktisch läuft dieses Verfahren auf das gleiche hinaus. Damit sind für die deutschen Banken ausreichende Sicherheiten gegeben, so daß sie das Auslandsgeschäft vorfinanzieren können. Die Aufträge sollen möglichst rasch vergeben werden, damit zum frühesten Termin die Arbeit aufgenommen werden kann. In der Hauptsache gehen die Aufträge an die westdeutsche Schwerindustrie und an die Maschinenindustrie.

Die Prager Fremdenindustrie lebt von den Deutschen

Aus Prag wird berichtet: Wer zum erstenmal nach Prag kommt und durch die Straßen dieser gewiß lebenswerten Stadt wandert, wird vergeblich nach einer deutschen Auffrischung, nach einem deutschen Wegweiser, nach einer deutschen Anführung an den wichtigsten Ausgängen halten: er wird tschechische, französische und eventuell auch englische Plakate und Schilder entdecken und sich schließlich damit abfinden, weil ja Prag die Hauptstadt des tschechischen Staates ist, jenes Landes, das seine Selbständigkeit den Großmächten zu verdanken hat. Daß Prag aber eine sehr anscheinende deutsche Minderheit besitzt — gegen 50 000 Seelen — ist dem Ausländer nicht immer bekannt, und ebenso weiß er nicht, daß es ausschließlich das deutsche Element ist, von dem die hochgeschätzte Prager Fremdenindustrie lebt. Nach der nunmehr vorliegenden Statistik des Fremdenverkehrs in Prag im Jahre 1930 stellen Deutschland und Österreich von allen ausländischen Besuchern der Moldaustadt rund 50 Prozent, während vergleichsweise dazu die „französischen Freunde“ nicht einmal ganze 3 Prozent stellen, obwohl man in Ausnahmefällen ihnen gegenüber zehrfach, achtfach acht es um die Engländer und Amerikaner, die sich wohl freuen, ihre Sprache auf den Anknüpfungspunkten Prags zu finden, aber doch eigentlich weniger Wert auf diese Aufmerksamkeit legen als die deutschen Besucher, die ihr gutes Geld nach Prag tragen, der Stadt, in der das deutsche Wort verpönt bleibt und schließlich die Reichsmark und der Schilling verächtliche Währungen sind.

Gandhi niedergeschrien

London, 2. März. Gandhi wurde, als er heute morgen mit verschiedenen anderen Führern der gemäßigten Kongreßpartei zur Tagung des Indischen Nationalkongresses in Karachi aufkam, von einer hauptsächlich aus Jugendlichen, darunter Schwestern von „Rothhemden“, bestehenden Menschenmenge mit wütenden Niederrufen empfangen. Frauen hielten ihm schwarze Stoffblumen entgegen und einer von den Redenden versuchte, mit einer Stange, an die ein schwarzes Tuch gebunden war, nach ihm zu schlagen. Schließlich gelang es dem Kongreßpräsidenten Jawaharlal Nehru, Gandhi und sein Gefolge durch die Menge nach dem außerhalb der Stadt liegenden Kongreßzellager zu bringen, wo die Demonstrationen der jungen Nationalisten und Kommunisten aber andauerten.

Der Kulturetat im Finanzausschuss

Stuttgart, 2. März. Der Finanzausschuss des Landtags legte heute seine Beratungen bei Kap. 30 (Ev. Kirchenleitung) fort. Ein sozialdemokratischer Redner kritisierte die Leistungen des Staates hinsichtlich ihrer Höhe an die Kirchen. Die Prüfung auf Kürzung dieser Staatszuschüsse müsse jetzt erfolgen. Ministerialdirektor Weidling erwiderte, daß die Zuschüsse für Personalausgaben der Kirchen um 6-7 Prozent gekürzt worden seien. Er machte auch auf die rechtliche Seite der Kürzungen von einzelnen Gemeindefällen gegenüber den Kirchen aufmerksam. Die im Jahre 1921 erfolgte Regelung abzuändern, sei bedenklich. Es könnte sich höchstens um die Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung handeln. Ein demokratischer Redner verbreitete sich über die rechtliche Seite der Frage. Er hält es nicht für zweckmäßig, daß in der jetzigen Zeit ein Streit zwischen dem Staat und den Kirchen misstragen werde. Berichterstatter Körner (SPD) macht darauf aufmerksam, daß es für die Bevölkerung gleich sei, ob sie die Steuern an den Staat oder an die Kirchen bezahle. Die Kirchen leisten viel für die Jugendbildung und Volkserziehung. Ein deutschnationaler Redner spricht sich für die Befassung des jetzigen Zweckmäßigkeitszustandes zwischen Staat und Kirchen aus. In der weiteren Debatte wurde die bedeutende Tätigkeit der Kirchen auf den verschiedensten Gebieten hervorgehoben. Nach Ablehnung eines Hauptantrages auf Kürzung der staatlichen Zuschüsse zum Personalausgaben der Kirchen und weiterer Eventualanträge wird Kap. 30 angenommen. Berichterstatter Körner (SPD) referiert über Kap. 31 (Evangelische Seminare), Kap. 32 (Dienstleistungen der ev. Geistlichen), Kap. 33 (Witstum und Priesterseminar), Kap. 34 (Kath. Seelsorge), Kap. 35 (Dienstleistungen der kath. Geistlichen) und Kap. 36 (Beitrag zur kirchlichen Zentralstelle für Kabinett). Der Berichterstatter

beauftragt Zustimmung zu sämtlichen Kapiteln, die erfolgt. Ueber Kap. 37 (Universität) berichtet Abg. Körner. Zunächst wurde die Beschaffung von Radium für die Universitätskliniken besprochen. Durch Darlehen der Landesversicherungsanstalt und der würt. Krankenkassen würden Mittel in Höhe von 170 000 Mark zur Verfügung gestellt. Weitere 50 000 Mark sind für diesen Zweck im Etat vorgesehen. Der Antrag der Darlehen wird zugestimmt. Finanzminister Dr. Dehlinger teilt mit, daß die neue Kula am 28. April mit der Rectoratsübernahme eröffnet werde. Kap. 37 wird angenommen, desgleichen ein Antrag, das Staatsministerium zu ermächtigen, mit dem Allgemeinen Krankenfassenverband und der Landesversicherungsanstalt Württemberg Verträge über die Gewährung von Darlehen zur Beschaffung von Radium abzuschließen. Ueber Kap. 30 (Technische Hochschule) berichtet Abg. Dr. Widler (SPD). Finanzminister Dr. Dehlinger verbreitete sich über die Frage, die Stadt Stuttgart gebe das Weihenhofgelände nicht frei; der Gemeinderat Wöden müsse regierungsseitig abgelehnt werden. Das Degerlocher Gelände sei nicht durchgegriffen. Der Finanzausschuss werde sich noch mit der Sache befassen müssen. Die Ludwigsburger Vor schläge seien noch nicht erledigt, zumal eine Elektrifizierung der Vorortsbahnen kommen werde. Die Regierung habe noch volle Handlungsfreiheit. Ministerialdirektor Weidling erörterte Maßnahmen, um das akademische Studium einzudämmen. Die Führung bei dieser Frage liege beim Reichsinnenministerium. Es entstand eine längere Debatte über die Frage, wo die Technische Hochschule am erstellt werden soll, wobei ein Zentrumredner die Frage aufwarf, ob angesichts der beabsichtigten Abdrosselung des Zustroms zum akademischen Studium ein Neubau der Technischen Hochschule unbedingt notwendig sei. Auch ein sozialdemokratischer Redner brachte Bedenken vor. Nach Debatte wurde das Kapitel genehmigt. Fortsetzung Donnerstag vormittag.

Hermann Müllers Beisehung

Berlin, 2. März. In der Trauerfeier zur Beisehung Hermann Müllers auf dem Hof des Sozialdemokratischen Parteihauses hatten sich alle führenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die sozialdemokratischen Parlamentarier und eine Reihe führender Sozialisten des Auslandes eingefunden. Otto Weis nahm als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem toten Freunde einen letzten Gruß. Dann gab der frühere Reichsaussenminister Ernst Barmine als Vertreter der Zweiten Internationalen der tiefen Teilnahme Ausdruck, die die Sozialisten aller anderen Länder empfinden. Darauf trug die Totenrede des Reichsbanners den Satz zum Vorschein. Unter den Klängen der Trauermusik legte der Zug sich in Bewegung, an dem etwa 20 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilnahmen.

Um 10 Uhr näherte sich der Trauerzug der Reichstagskammer. Im Vorgarten des Reichstagsgebäudes hatten sich außer zahlreichen Mitgliedern des diplomatischen Korps, als Vertreter des Reichspräsidenten Staatssekretär Dr. Weizsäcker, das Präsidium des Reichstages, Reichsanwalt Dr. Brünning mit allen Mitgliedern der Reichsregierung, die preussische Staatsregierung, sowie die Vertreter der Länder und Mitglieder des Reichsrats und die Beamtenschaft der Reichstagskammer eingefunden. Gegenüber hatten sich die Mitglieder der höchsten Reichsbehörden, insbesondere das ganze auswärtige Amt mit dem Staatssekretär Dr. v. Sülow an der Spitze versammelt. Reichsanwalt Dr. Brünning legte mit tiefenschmerzlichen Abschiedsworten im Namen der Reichsregierung einen Kranz nieder. Dem Reichsanwalt folgte Staatssekretär Dr. Weizsäcker, der im Namen des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg einen Kranz niederlegte, als dritter Staatssekretär Dr. Brüning

namens des Reichsrates. Dann reichten sich die Vertreter des ausländischen Deutschland und das diplomatische Korps in den Zug ein, um ihn zum Reichstag zu begleiten. Während der Beisehung des Reichsbanners vor dem Palast des Reichspräsidenten trat Reichspräsident von Hindenburg auf die Freitreppe heraus, um dem Toten erblühenden Hauptes einen letzten Gruß zu erwidern. Um 11 Uhr abends traf die Spitze des Trauerzuges auf dem Platz der Republik ein. Tiefbewegt gab Reichstagspräsident Lohde dem Toten Worte des Abschiedes zum Gehör und legte im Namen des Reichstages einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife am Sarge nieder. Nach diesem Akt hatte der offizielle Teil der Trauerfeier seinen Abschluß erreicht.

Der Abschied von der Bevölkerung, die mit dem Trauerzug nach dem Krematorium zog, von ihrem Parteifreunde nahm, hinterließ bei allen Beteiligten einen tiefen Eindruck. Zahlreiche Kranzträger des Reichsbanners und insbesondere in der Nähe des Krematoriums hatte die Bevölkerung Kopf an Kopf. Hunderte umflorte Weib und Kinderscharen trafen sich vor dem Sarge. Auf dem Friedhof bildete eine Ehrenkompanie mit brennenden Redeln Spalier. Das Krematorium war mit einem großen Reichsbanner geschmückt. Nach einem Adagio von Corelli widmete Reichstagsabgeordneter Dr. Weizsäcker dem toten Freunde herzliche Worte des Abschiedes. Als letzter gelobte der Führer des Hauses Anreden, des Volkstribuns Hermann Müllers, das Andenken des Führers durch treues Einhalten seiner Richtlinien zu ehren. Unter den Klängen eines Adagio von Mozart glitt der Sarg in die Tiefe, begleitet vom dampfenden Trommelwirbel des Reichsbanners.

„Verleier“ und „Mörder“-Rufe begleiteten ihn auf dem ganzen Wege vom Bahnhof zu den Zelten.

Der Ruf „Mörder“ bezieht sich auf die Hinrichtung dreier indischer Nationalisten, die vor zwei Jahren einen englischen Polizeileutnant und einen indischen Polizisten, der ihm zu Hilfe geeilt war, gemeinsam niederschossen. Nach langen Verhandlungen sind die drei vor wenigen Tagen vom Obersten Gerichtshof, bestehend aus Engländern und Indern,

wegen gemeinsamen Mordes zum Tode verurteilt und gehängt worden.

Die Hinrichtung war das Signal für einen Ausbruch der Nationalisten in ganz Indien, der zu Zwischenfällen mit Polizei und Militär führte, und in der Stadt Calcutta einen solchen Umfang annahm, daß das Militär gegen die blühende und brandstiftende Menge einschreiten mußte. Nach den letzten Meldungen sind dabei 20 Eingeborene getötet worden.

... auch an Konservengemüse MAGGI Würze

Schon wenige Tropfen genügen

Die kleine Frau Storkow

von Anna Schell

„Der wohl, Anjust, oba . . . id muß de Frau erst fragen.“
„Der tu man, Josef! Weite, Scholte will nichts gesehen! haben, er will ganz respekt bezahlen.“
„Da, id wees nich, Anjust, id jetraus mir nich so recht.“
„Ra, denn du mir nur mal den Besallen.“
Josef ließ sich bereden.
Er zog nach dem gemütlichen Rauchzimmer, wo die zwei Männer mit Frau Imogen saßen, die elegant eine Zigarette rauchte.
Sie sah Josef an der Portiere stehen, erhob sich und fragte ihn nach seinen Wünschen.
Die beiden Männer hörten Frau Imogen möglich herzlich lachen.
„Was gibt es denn, Liebe?“ traute der Geheimrat neugierig.
Sie war lustig wie ein junges Mädchen, als sie sagte: „Köstlich dieser Scholte, der Hausmeister von der Werkvilla, der hat Josef arbeiten, ihm doch . . . ein paar Flaschen Wein abzulassen, und Josef traut als pflichtgetreuer Diener mir nicht.“
Die beiden Männer lachten.
Gutgelumt sagte der Hausherr: „Josef . . . schiden Sie den Scholte mal rein!“
Und Scholte kam.
Trennungsgut trat er ein und grüßte respektvoll.

„Guten Tag, Herr Geheimrat . . . guten Tag, gnädige Frau . . . guten Tag, Herr Generaldirektor!“
Sie erwiderten den Gruß.
„Also Wein brauchen Sie, Frau Scholte!“ lachte der Geheimrat. „Einzugschmans feierlich! Da gefällt Ihnen wohl das kleine Frauchen, das jetzt in der Werkvilla mit wohnen wird!“
„Gen liebes Mädchen, Herr Geheimrat! Ercht neunzehn an schon Witwe!“
„Also Sie sollen vier Füllen haben, Scholte. Sind 'n guter alter Kerl und wir kennen uns schon so lange. Aber die vier Füllen sende ich! Die trinken Sie auf unsere Gesundheit.“
„Der nehme id jetra an, Herr Geheimrat! Wir werden uff Ihnen und die gnädige Frau und den Herrn Generaldirektor prostien. Aber . . .“
„Ja möchte mir erlauben zu bemerken, Herr Geheimrat, der id nich etwa mit den Gedanken herjezimm' bin, der id die Füllchen so kriegen könnte. Ja hab' 'ir der Feld injest!“
„So, so!“ lachte der Geheimrat. „Wieviel hatten Sie denn die Fülle gerechnet, Scholte!“
„Ru, id dachte mir . . . ior gure Märker, da gibt's schon was nettes!“
Frau Imogen, die die Preise kannte, lachte heilauf. Dann wart sie Josef einen Blick zu.
„Bier von dem Reichammer 1921!“
Josef blühte ganz hochachtungsvoll und verstand.
„Sag mal, Mama!“ wandte sich Hans an seine junge Mutter. „Kannst Du in der Küche nicht gleich einen kleinen netten Ambif mit fertigmachen lassen. Ich gönne den beiden Mädels — ich kann mich an die Frau Storkow nicht gewöhnen — für mich ist sie immer ein sehr junges Mädchen — sie schafren ordentlich und — es ist doch auch mal so nett, eine kleine Freude machen zu können.“

„Ein schönes Wort, Herr Generaldirektor“, pflichtete Scholte treuerberzig bei.
Seine Art war so ruhig, daß es die drei immer mehr zum Lachen reiste.
Frau Imogen nickte dem Sohne herzlich zu und begab sich in die Küche.
Der Geheimrat, der sich außerordentlich aufgereizt fühlte, sagte zu Scholte: „Ra, jetzt legen Sie sich ein bißchen! Wie alt sind Sie denn, Scholte?“
„Achtundfünfzig!“
„Da haben Sie sich gut gehalten! Haben Sie den Krieg auch mitgemacht?“
„Jawoll, Herr Geheimrat! Ja war Sie bei die Landwehr. In Rußland haben wir gelegen.“
„Ah . . . sagten Sie nicht einmal, daß Sie Rußisch schnadronieren können?“
Scholte kratzte sich hinterm Ohr.
„Der hab ich verrieft mang gekonnt, Herr Geheimrat. Aber jetzt da id' der ein bißchen eingewohnt. Ab id denke mir, wenn id wieder mal in Rußland wär, in een paar Tagen spräch id wieder wie so een offer Moskowiter!“
„Der hat Ihnen denn Rußisch gelehrt!“
Scholte sah verärgert für sich hin.
„Ich hatte da — der dürfen Sie aber meine Jute nich wiederlegen — so een kleent, ganz kleent Bahältnis, Herr Geheimrat! Naturemang . . . ganz plazonisch!“
Hans mußte aus vollem Halse lachen. Und der Vater stimmte fröhlich mit ein.
„Sie sind eine Nummer, Scholte! Gott erhalte Sie so! Ra, Sie sind auf dem Posten, Sie machen ihren Kram. Aber wenn Sie heute den Wein genossen haben, vergessen Sie nicht Ihren Inspektionsgang.“
„Herr Geheimrat . . . da fenne Sie doch Scholten . . . bei mees jede Maus im Keller un' jede Spinne uff Boden! Vater Scholte inspiziert wie ne Rachteule!“



Aus Stadt und Bezirk.

Die Prüfung für Gehilfen- und Kassenführer an höheren Schulen nach der Prüfungsordnung vom 1. Februar 1927 hat am 2. a. bestanden: Wilhelm Müller aus Gaisstal.

Zömbing, 27. März. Georg Bruchmann, Sohn des Lehrers des Sanatoriums Kurhaus Walden, promoviert an der Universität Freiburg i. Br. zum Dr. rer. pol. (Doktor der Staatswissenschaften). Seine Dissertation lautet: „Der erste wirtschaftliche Völkervertrag und die tatsächlichen Völkerverträge“. Die Arbeit wurde mit der Note „cum laude“ geurteilt.

(Weiter berichtet.) Unter dem Einfluß des nördlichen Windes ist für Samstag und Sonntag mehrheitlich heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Die Erwerbslosigkeit nach dem Kriege

Im Jahre 1919 hatten wir in Deutschland 700.000 Erwerbslose. Diese Zahl sank im Jahre 1921 auf 300.000, um im Jahre 1923 auf 2.700.000 anzusteigen. Im Jahre 1924 zählten wir 2.500.000 Erwerbslose, im Jahre 1925 1.924.000, im Jahre 1926 2.200.000. Im Jahre 1927 stieg die Zahl noch einmal auf 1.800.000 zurück. Bis zum Jahre 1928 wieder auf 2.400.000, um von da ab in ständiger Kurve nach oben zu schreiten. Im Jahre 1929 betrug die Erwerbslosenziffer 2.811.000, im Jahre 1930 1.841.000 und im Jahre 1931 rund 1.800.000.

Württemberg.

Großschmiedheim, 26. März. (Vom Pferd erzählen.) Der Landwirt Gottlob Streichert alt erhielt beim Einbruch seines Pferdes von diesem Hufschläge ins Gesicht und in die Handgelenke, wobei seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus nach Bietigheim notwendig war. Die Verletzungen sind ernst. Natur.

Leimbach, 26. März. (Wieder die Wendel-Millionen in Amerika?) Aus New York wird jetzt gemeldet, daß das riesige Vermögen der Familie Wendel, das etwa 200 Millionen Dollar betragen dürfte, wie die Eröffnung des Testaments des Wendel-Bruders ergab, 14 Hohlküllern, 14 Millionen und 1/2 Millionen Anteile an der Wendel-Werke AG in Württemberg viele enttäuschten. Man hat in den Kreisen der Wendel-Familie vielfach erwartet, daß diese Erblasser von Amerika in der Höhe von 200 Millionen Dollar, also über 800 Millionen Mark, nach Deutschland kommen, nach Württemberg kommen.

Stuttgart, 26. März. (Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Stuttgart.) Die Elektrifizierungsarbeiten an der Bahnstrecke Augsburg-Stuttgart sollen, wie aus Augsburg berichtet wird, unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeiten an der Bahnstrecke München-Augsburg in Angriff genommen werden. Mit der Elektrifizierung soll in Stuttgart und in Augsburg elektrische Bezugsstationen errichtet werden, um so die Arbeiten möglichst zu beschleunigen. Die elektrische Zugförderung auf der Linie Augsburg-Stuttgart hofft man Ende 1932 aufnehmen zu können.

Heilbronn, 26. März. (Verlecher Nach.) Das Schwurgericht verurteilte heute den 25-jährigen Schlosser Karl Zippert wegen zweier Verbrechen des verurteilten Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus und sprach ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre ab. Er hatte in der Nacht zum 27. Dezember o. Js. seinen Schwager und seinen Schwager nach dem Ergebnis der Vernehmung durch Beilohle in den Keller, in der er sich aufhielt, mit einem Revolver erschossen. Er hat mit seiner Frau und seinen drei Kindern alle der schicksalhaften Familie seiner Schwägerin in deren aus Wohnhäuser und zwei Zimmern bestehenden Wohnung zusammengezogen, jedoch auf diesem einen Raum zehn Personen leben müssen. Zuvor war mit den Schwägerinnen beizugehen den Angehörigen zu seinem Verbrechen.

Heilbronn, 26. März. (Doppel-Ermordung.) Mit Gas vergiftet hat sich gestern im Hause Johannisstraße 22 eine ältere Frau mit ihrer etwa 20 Jahre alten Tochter. Wirtschaftliche Sorgen schienen die Ursache gewesen zu sein.

Neckarsulm, 26. März. (Kündigungen und Entlassungen bei den RAB-Werken.) Die Arbeitsmarktlage im Bezirk Neckarsulm läßt in den nächsten Wochen eine weitere Verschlechterung zu erwarten. In den RAB-Werken wird die Beschäftigung reduziert. Zur Zeit sind dort, ohne die Beamten und die Angestellten, 1800 Personen beschäftigt. In den nächsten Wochen sollen 11. A. dar- 400-500 Beschäftigte in Reihen- und Wochen zu 100 entlassen werden. Ferner ist sämtlichen Angestellten und Beamten gekündigt, eine Maßnahme, die in der Hauptsache aus arbeitsrechtlichen Gründen erfolgt sein wird. Doch dürfte auch bei einem Teil der Angestellten und Beamten mit Entlassungen zu rechnen sein.

Tübingen, 26. März. (Carl Robert Hoag verstorben.) Ein Veteran des Handelskriegs ist mit Hof-Dekorationen verzierter Carl Robert Hoag am Montag, 26. März, im Alter von 70 Jahren, an uns gegangen. Er genoss überall hohes Ansehen, wie er denn überhaupt zu den führenden Persönlichkeiten des hiesigen Mittelstandes zählte. Mehrmals war er Mitglied des Gemeinderats. Von 1904-1909 und dann wieder von 1912-1925, hat er als Angehöriger der demokratischen Partei die Geschicke der Stadt auf dem Rathaus mitverantwortet.

Rothweil, 26. März. (Einbruch im Hause des Stadtschultheißen.) Im Hause von Bürgermeister Kopp in der Kuchelstraße wurde letzte Nacht ein Einbruch verübt. Der Dieb drang von der Terrasse aus durch die Glasüre, an welcher er eine Scherbe einbrachte, in das Haus ein. Er durchsuchte das Herrenzimmer und das Wohnzimmer, ergriff dann aber, als er Licht bemerkte, eilends die Flucht. Nach den bisherigen Ermittlungen wurde ein Scheiduch und eine Anzahl Zigaretten entwendet. Der Einbrecher ging sehr raffiniert zu Werke. Er hatte zuvor die Telefonleitung abgedrückt und scheint nach allem mit den Verhältnissen bekannt gewesen zu sein.

Tübingen, 26. März. (Präsident Doornik schwer erkrankt.) Dienstag nacht ist auf seinem Gute Kallenberg der Präsident der Württ. Landwirtschaftskammer, Gustav Doornik, plötzlich an Blinddarmentzündung erkrankt. Die Erkrankung machte seine sofortige Ueberführung ins Elisabethenkrankenhaus nach Ravensburg notwendig.

Nördlingen, 26. März. (Schaufensterbrand.) Die warme Sonne regt zur Probe. Mit einem Brennglas ausgerüstet, spielten am Dienstag Nachmittag einige Knaben vor einem Laden. Sie hatten es dabei wohlgeheiß auf intensive Beleuchtung der im Schaufenster ausgestellten Waren abgesehen. Und plötzlich fing die Papierrolle hinter dem Glas zu rauchen und zu brennen an und bald stand das ganze Schaufenster in Brand. Es wurde durch rasch beigebrachte Feuerlöscher gelöscht.

Tagung des Verbandes württ. Industrieller E. V.

Stuttgart, 26. März. Der Verband württ. Industrieller E. V. hielt heute seine 21. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitz hatte der Geschäftsführer Angelegenheiten geleitet, während am Nachmittag bedeutende Vorträge die Mitglieder im Festsaal der Handelskammer zusammenführte. In seiner Begrüßungsansprache führte der Vorsitzende, Ged. Rat Dr. Bruchmann, nach einem Hinweis auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise, aus, daß in den letzten Jahren schon mehrfach der Versuch unternommen worden sei, der Weltwirtschaftskrise mit wirtschaftspolitischen Mitteln entgegenzutreten. Als letzter seien auch die gegenwärtig angebotenen Zollvereinbarungen mit Österreich zu bewerten, doch dürfe man nicht übersehen, daß daraus auch eine Veränderung unserer gesamten Wirtschaftspolitik folgen müsse. Eine Gesamtlösung dürfte unersichtbar sein, da in dieser Hinsicht unsere Stellung durch die augenblickliche komplizierte parlamentarische Lage außerordentlich erschwert sei und man sich auf das Beschränkte müsse, was die Regierung im Rahmen des Möglichen durchzuführen in der Lage sei. Von diesem Standpunkt aus sei auch eine Diskussion mit Österreich zu begründen. Der Redner sprach weiter die Hoffnung aus, daß die gegenwärtigen Wirtschaftsanbahnungen sich späterhin auch politisch auswirken mögen, doch lege Deutschland großen Wert darauf, daß diese

neue Wirtschaftsverbände von der Welt nicht mißverstanden wird, denn letzten Endes soll diese Diskussion ja nur die Wege ebnen für weitere ähnliche Schritte in der übrigen Welt.

Am Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag des Direktors des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Professor Dr. A. Brand-Berlin, über deutsche Bauernpolitik und industrielle Exportpolitik, in welchem er die Ursachen des Niedergangs unserer Landwirtschaft seit 1924 untersuchte, die Maßnahmen zur Behebung der landwirtschaftlichen Krise besprach und insbesondere unsere gegenwärtige Agrarpolitik einer gründlichen Kritik unterzog. Umso höher sei es anzuerkennen, daß gerade unsere bäuerliche Wirtschaft es gewesen sei, die sich immer noch am meisten verdingt gezeit habe, sich selbst über die schwere Krise hinwegzusetzen. Ziel unserer Agrarpolitik müsse deshalb sein, aus einem gesunden Stamm bäuerlicher Wirtschaft zu erhalten, der nicht nur das Fundament unserer Landwirtschaft überhaupt, sondern auch — das geht für den Osten — der beste Wall gegen das Eindringen des Bolschewismus in Deutschland sei. Notwendig sei es aber, die deutsche Landwirtschaft nicht vom Weltmarkt abzuschließen, sondern die Lösung müsse sein für den deutschen Bauern: Heran an den Weltmarkt.

Zum Schluß verbreitete sich Dr. jur. Martin, Mitglied der Geschäftsführung des deutschen Versicherungsverbands, über die verschiedenen aktuellen Probleme des Versicherungswesens und zeigte, daß auch das Versicherungswesen, wie jeder andere wichtige Wirtschaftszweig, besondere Berücksichtigung und besonderen Schutz verlange, so schloß sich die Industrie selbst, indem vor fast 30 Jahren der deutsche Versicherungsverband eingerichtet wurde, dazu bestimmt, unter Ausschluß jeder Versicherungsvermittlung und jeder gewerblichen Tätigkeit den eigenen Interessen der Industrie auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu dienen. Im übrigen sei zu wünschen, daß unser deutsches Versicherungswesen sich in gleicher Weise wie bisher entwickelt, nicht nur im Interesse der am einzelnen Versicherungsvertrag beteiligten Persönlichkeit, sondern auch im Interesse unserer gesamten deutschen Wirtschaft.

Am den § 218

Stuttgart, 26. März. Das Kammergericht gegen den § 218 verurteilte am Mittwochabend im Gullau Siegelhaus einen Diskussionsabend, der von zahlreichen Keräten und anderen Personen besucht war. Der Vorsitz sprach Dr. med. Friedrich Wolf, der erklärte, er werde dem Untersuchungsrichter gegenüber solange jede Aussage verweigern, bis seine Kollegen Frau Dr. Jacobowitz aus der Stadt entlassen worden sei. Es sprachen dann weiterhin der Stuttgarter Arzt Dr. Brunninger, die Frankfurter Städtärztin Frau Dr. Kiefe und Frau Anna Bloch. Die Aussprache begann dann Ministerialrat Dr. Gnant, der die Richtlinien für Schwangerschaftsunterbrechung bekannt gab, wozu ein Eingriff aus sozialen und rationenmäßigen Gesichtspunkten nicht gestattet ist und er betonte, daß die Fragen des § 218 nicht von politischen Verfassungen, sondern sachwissenschaftlich gelöst werden müßten. Prof. Dr. Mayer-Tillingen erklärte, daß die Abschaffung des § 218 in einer gewissen Verleugung führen müßte. Obermedizinalrat Dr. Kocher-Stuttgart wies auf die Gefährlichkeit eines ärztlichen Eingriffes hin. Es sprachen dann noch eine Frau für den Willen zum Kind und Sanitätsrat Dr. Reimböcker über die Stellungnahme der Ärztekammer, die auf dem Boden des geltenden Rechtes stehe.

Baden.

Beleidigungsprozess Kemmele

Am 11. Oktober 1929 sprach der Mannheimer Folgelieutenant Karl Blommer in einer nationalsozialistischen Versammlung zu Schriesheim. In seiner Rede besprach er den bayerischen Minister Dr. Kemmele. Dierke habe an Jedermann mit dem Antrags-Verfahren den Nachspruch teilgenommen, der 21.000 Mark Steuern hinterzogen habe. Blommer wies ferner darauf hin, daß ein Folgelieutenant Walter von einem Kollegen in einer Offenburger Versammlung als Lums, Spitzhube und Gauner bezeichnet worden sei, ohne daß daraufhin etwas erfolgt sei. Blommer wurde vom Landgericht Rastatt wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Seine Revision wurde jetzt vom Reichsgericht entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts verworfen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 26. März. (Schlachtviehmarkt.) Dem Donnerstagmorgen am Schlachtvieh- und Schlachthof wurden gemeldet: — Ochsen, 1 Belle, 39 Jungbullen (unverk. 16), 81 (51) Jungkälber 23 (4) Kühe, 235 Kühe, 592 (40) Schweine. Erlös aus je 1 Str. Lebendgewicht: Ochsen —, Bullen a 38-39 (legter Markt: 37-40), b 32 bis 35 (34-35), Jungbullen a 45-49 (48-49), b 40-45 (43-45), Kühe —, Kühe b 63-67 (64-68), c 54-61 (56-62), Schweine a je 100 Pf. 47-48 (48-49), b vollschlächter von 240-300 Pf. 47-48 (48-49), c von 200-240 Pf. 46-47 (47-48), d von 150-200 Pf. 43-45 (46-47), e Schlachtkühe von 120-160 Pf. 40 bis 42 (45-46), Sauen 34-40 (38-41) Mk. Marktverlust: Großvieh schlappend, Ueberfland, Kühe ruhig, Schweine schlappend.

Neueste Nachrichten.

Zweijähriges Kind zu Tode gequält

Letzten Montag starb im Spandauer Krankenhaus die kleine zweijährige Hilde Schefflein aus der Blumenstraße, die am Samstag dort eingeliefert wurde. Die Ärzte des Krankenhauses haben den Fall sofort der Kriminalpolizei mitgeteilt und diese ist augenblicklich dabei, die Angelegenheit zu untersuchen. Es handelt sich hier um einen geradezu empörenden Fall von Kindesmißhandlung. Die 28 Jahre alte Mutter, Frau Dora Schefflein, muß das Kind herderbar gequält haben. Ueberall zeigen sich an dem kleinen Körper Merkmale von Mißhandlungen. Der ganze Körper war mit blutunterlaufenen Streifen, die von harten Schlägen herrühren, bedeckt. An den Händen zeigten sich deutlich harte Streifen. Hausnachbarn haben verschiedentlich diese Kindesmißhandlung gemeldet, aber erst am Samstag ist die Polizei eingeschritten und die kleine

Gut zu Fuß

mit meiner Reform- und orthop. Fußbekleidung! Fußstützen u. Bandagen Neuzeitliche Fußpflege



Preisrückgang in allen Abteilungen
Küblers Knaben-Anzüge Reine Wolle **18.50** **19.50**
Neuenbürg Fritz Schumacher Pforzheim

mußte sofort ins Krankenhaus. Der Vater des Kindes liegt seit einiger Zeit in einer Lungenheilstätte. Die Mutter behauptet nun, daß sie das Kind nie über Gebühr gequält habe. Sie habe aber den Husten des Kindes nicht getragen und habe daher das Kind gequält, damit es still sei. Frau Schefflein wird sich später vor dem Gericht verantworten müssen.

Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei

Kaisau, 25. März. Auf der Strecke Orlo-Klein-Ejeben ereignete sich heute früh ein Zugunglück. Als nach 5 Uhr ein Zug die Station Orlo in Richtung Eberies verließ, kam es an einer stark überhöhen Stelle zu einer Vordrung des Gleises, wodurch die Lokomotive, der Dienstwagen und zwei Personenwagen ins Wasser stürzten. Der Lokomotivführer, der Beizer und der Zugführer, sowie vier Reisende erlitten dabei schwere Verletzungen. Der Personenverkehr wird einweilen durch Umleitungen aufrechterhalten.

Zusammenstöße in Camapur

Camapur, 25. März. Im Anschluß an die Protestkundgebungen gegen die Einrichtung der drei Berufswörter in La-hore kam es hier zu blutigen Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen 19 Personen getötet und 50 verletzt wurden. Tempel und Moscheen wurden angegriffen, Läden geplündert und Steine gegen die Postämter und Gerichte geschleudert. Der Geschäftsverkehr ruht, die Lage ist ernst. Gestern Abend war das Verstreuen der Straßen von einer bestimmten Stunde ab verboten.

Camapur, 25. März. Die Unruhen dauern an. Die Zahl der Getöteten beträgt bis jetzt 20, die der Verletzten aber 100. Auch mehrere Europäer wurden verletzt. Aus Mahabad und Zuchnow sind deutsche Truppen zur Verstärkung der Polizei im Anmarsch.

Yuznow, 26. März. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, beträgt die Zahl der bei den Zusammenstößen in Camapur Getöteten 112 und die Zahl der Verletzten 500.

Humoristisches.

Ein guter Grund, Richter: Warum haben Sie Ihren Mann mit dem Fischbrett geschlagen? Frau: Weil ich den ganzen Tisch nicht bedecken konnte.

Gemeinde Schwann.

Die Nachbarschaftsstraße nach Niebelsbach bezw. Arnbach ist vom „Waldhorn“ bis zur Turnhalle in Schwann wegen Bauarbeiten auf etwa vier Wochen

gesperrt.

Den 26. März 1931.

Bürgermeisteramt.

Niebelsbach.

Holz-Verkauf.

Die hiesige Gemeinde verkauft am Samstag den 28. März 1931, nachmittags 1 Uhr:

Ca. 35 Fm. forstliches und lichte Stammholz 1. bis 6. Kl. Abstände, 12 Fm. Eichenstammholz 4. — 6. Kl., ferner Lärchen- und Fichtenstangen, sowie eine Partie eichene Verb- und Reisstangen.

Leigere, sowie verschiedene Eichen sind besonders für Wagnere geeignet.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Bürgermeisteramt.

Realschule Neuenbürg.

Am Montag den 30. März 1931, vormittags 10 Uhr, findet in der Turnhalle die

Schluß-Feier

statt. Hierzu sind die Angehörigen der Schüler, sowie Freunde der Schule herzlich eingeladen.

Dr. Großmann, Schullehrer.

„SÜDEG“

Süddeutsche Eigenheimgesellschaft e. G. m. b. H., Offenburg Ortsgruppe Birkenfeld.

Zu der am Samstag den 28. ds. Mts, abends 7 Uhr, im Gasthaus zum „Bären“ stattfindenden

Monats-Versammlung

mit Vortrag des Herrn Bezirksleiters von Württemberg und Hohenzollern, Offenburger, Stuttgart-Cannstatt, über

„Die deutsche Bauparkassenbewegung, ihre Entwicklung, Aufgaben und Merkmale“

laden wir hiermit sämtliche Mitglieder sowie Interessenten ein und bitten um vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Für die Oster-Festtage

empfehlen wir unsere in Qualität bekannten

Rhein-Weine

weiß und rot, in 1/2 Flaschen.

Gebr. Schlanderer

Unterreichenbach, Telefon 2.

W. Gaub, Neuenbürg-Vorstadt

Zu Ostern:

Schokolade-, Zucker- und Caramell-Häsen, Schokolade-, Fondant-Eier usw.

Birkenfeld.

Bestellungen auf prima gelbe

Santartoffeln

nimmt entgegen

Karl Klein, Oestherstraße 32.



